

NEIN zur Privatisierung

bei den Kölner Kliniken

Die Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH will die Küche und die Reinigung der städtischen Krankenhäuser privatisieren. Angeblich sollen private Unternehmen die Tätigkeiten günstiger erbringen.

Doch Privatisierung bedeutet, dass ein privater Investor Gewinne erzielen will in einem Bereich, der zuvor öffentlich, z.B. städtisch, war und damit den Bürgerinnen und Bürgern gehörte.

Dieses Profitinteresse erhöht zunächst die Kosten der jeweiligen Dienstleistung. Um die Gewinne zu erzielen und gleichzeitig die Dienstleistung nicht allzu offensichtlich zu verteuern, wird der Investor Kosten senken. Dabei kann er an drei Stellschrauben drehen:

1. Senkung der Einkommen der Beschäftigten. Reinigungskräfte, die seit zehn Jahren in den Kölner Kliniken arbeiten, sollen nicht weiterbeschäftigt werden. Bei einem privaten Reinigungsunternehmen werden sie deutlich weniger verdienen. Die Pressesprecherin der Kölner Kliniken sagt laut Stadtanzeiger vom 5.8.2013, die Reinigungskräfte hätten „zwar Lohn einbußen“, würden „aber nicht arbeitslos“. Danke, wie großzügig!

2. Kürzung bei der Dienstleistung selbst. Wenn Reinigungskräfte mehr Fläche in kürzerer Zeit für weniger Geld unter hohem Kostendruck putzen müssen, muss man davon ausgehen, dass die Qualität nachlässt. Bei der Reinigung in den Kliniken handelt es sich um sensible Bereiche wie OP-Räume, so dass das auch zu einem Gesundheitsproblem für Patienten und Beschäftigte werden kann.

3. Erhöhung von Gebühren und Preisen für die Nutzerinnen und Nutzer. Im Fall der Kliniken könnte z.B. das Essen in der Kantine teurer werden.

SPD und Grüne schreiben auf ihre Wahlplakate Parolen gegen niedrige Löhne. Aber SPD und Grüne im Rat haben sich nicht gegen den Privatisierungsvorstoß der Geschäftsleitung gewandt. Wollen ihre Vertreter im Aufsichtsrat der Kliniken den Privatisierungsplänen zustimmen?

Tatsächlich hat vor allem die Regierung Schröder-Fischer die Einführung von Billigjobs und prekären Beschäftigungsverhältnissen vorangetrieben. Die reale Politik von SPD/Grünen vor Ort hat nichts mit den schönen Wahlversprechen zu tun, sondern knüpft nahtlos an der Schröderschen Lohndrückerei an.

Die LINKE. unterstützt die Forderung der ver.di-Betriebsgruppe, dass die Verluste der Kliniken nicht auf die Beschäftigten und die Patienten abgewälzt werden dürfen. Die LINKE. unterstützt alle Aktionen gegen die Privatisierung und wird sich auch im Kölner Rat dafür einsetzen, dass der Beschluss zur Privatisierung von Küche und Reinigung zurück genommen wird.

„Gesundheit ist keine Ware“ ist eine gute Losung. Tatsächlich ist Gesundheit aber schon längst eine Ware, an der Pharmakonzerne, Gerätehersteller, private Klinikkonzerne und Vorstände von Krankenkassen und Kliniken sowie Teile der niedergelassenen Ärzte sehr gut verdienen, während die Beschäftigten im Gesundheitswesen bei stagnierendem Realeinkommen härter arbeiten müssen, bis sie teilweise selbst krank werden.

Die LINKE. setzt sich ein für ein Bündnis von Beschäftigten und (potenziellen) Patienten, gegen Privatisierung sowie gegen Arbeitshetze und Personalabbau bei den Kölner Kliniken.



DIE LINKE. Ortsverband
Schäl Sick

E-Mail: ov.schael.sick@netcologne.de; Internet: www.die-linke-koeln.de
ViSdP: Claus Ludwig, c/o Die LINKE.Köln, Zülpicher Str. 58, 50674 Köln



CHARITÉ BERLIN: FÜR MEHR PERSONAL IM KRANKENHAUS



An Europas größtem Uni-Klinikum, der Charité in Berlin, sind die Beschäftigten in die Offensive gegangen. Sie wollen eine Mindestbesetzung auf den Stationen tariflich erkämpfen.

Sie können nicht mehr warten, bis endlich eine gesetzliche Mindestbesetzung, wie sie die Gewerkschaft ver.di fordert, beschlossen wird. Die LINKE. hatte eine entsprechende Vorlage in den Bundestag eingebracht, aber diese wurde von den etablierten Parteien abgelehnt.

Zu wenig Pflegekräfte betreuen immer mehr Patientinnen und Patienten, im Nachtdienst häufig auch allein, ohne Pause. So kommt es vor, dass eine Pflegekraft in der Nacht bis zu dreißig PatientInnen allein versorgt. Tagsüber sind es manchmal mehr als fünfzehn PatientInnen pro Pflegekraft.

Die Beschäftigten an der Charité wollen ihre unerträglichen Arbeitsbedingungen ändern – im Interesse aller.

Sie fordern:

- * Eine Pflegekraft soll nicht mehr als zwei Schwerstkranke auf Intensivstationen und nicht mehr als fünf PatientInnen auf Normalstationen versorgen
- * Kein Nachtdienst soll mehr allein verrichtet werden. Damit die Krankenschwestern nicht kranke Schwestern werden!

Seit dem Juli 2013 verhandeln ver.di und die Geschäftsführung der Charité über die Forderung nach einer Mindestbesetzung. Aktuell (Ende August 2013) ist offen, ob sich die Geschäftsleitung bewegt oder es zum Streik kommt.

Wenn solche Quoten tarifvertraglich durchgesetzt werden, kann dies auch den Druck für eine gesetzliche Personalbemessung steigern, wie sie Die LINKE. bundesweit fordert.

Die Auseinandersetzung an der Charité hat Modellcharakter auch für andere Krankenhäuser. Die KollegInnen an der Charité und das *Bündnis Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal Im Krankenhaus* legen den Finger in die Wunde der Unterfinanzierung unserer Krankenhäuser.

Bitte unterstützen Sie daher die Beschäftigten, z.B. mit der Aktion „UnterstützerInnen zeigen Gesicht für mehr Personal im Krankenhaus“ auf der Website von ver.di Charité.

Weitere Informationen:

<http://www.mehr-krankenhauspersonal.de>

Kontakt per E-Mail:

info@mehr-krankenhauspersonal.de

Aus dem Programm der LINKEN zur Bundestagswahl:

„In den letzten Jahren wurde das Gesundheitswesen immer stärker an Markt- und Gewinninteressen ausgerichtet. Profit und Wettbewerb führen beispielsweise dazu, dass notwendige Behandlungen abgelehnt und vermehrt teure Leistungen ohne nachgewiesenen Nutzen angeboten werden konnten. Die Beschäftigten müssen immer mehr Arbeiten übernehmen, so dass sie für die einzelnen Patientinnen und Patienten immer weniger Zeit haben.

Hunderttausende Arbeitsplätze wurden in Krankenhäusern abgebaut ... Für die Beschäftigten folgten aus diesem Abbau Arbeitsverdichtung, Zeitdruck, Belastung und Stress ... Ein Vergleich: In Deutschland betreut eine Pflegekraft im Durchschnitt 21 Patientinnen oder Patienten, in Dänemark zehn, in Norwegen neun und in den USA acht.

* Krankenhäuser müssen bedarfsgerecht und solide finanziert werden. Bund und Länder müssen ausreichend Mittel für eine flächendeckende Infrastruktur bereitstellen. Krankenkassen sollen den Betrieb der Krankenhäuser angemessen sichern.

* Es darf keine weitere Privatisierung von Krankenhäusern geben, bereits privatisierte Krankenhäuser wollen wir in öffentliche und nichtkommerzielle Trägerschaften überführen. Die Beschäftigten müssen zudem bei der Organisation und Planung ihrer Arbeit stärker mitbestimmen können.

* Der Mangel an Personal in Krankenhäusern, Pflegeheimen, in der ambulanten Versorgung und der häuslichen Pflege muss beseitigt werden. Wir setzen uns für eine verbindliche, aus dem medizinischen Bedarf abgeleitete Personalbemessung ein.“

**Nicht länger
warten!
Zwei-Klassen-
Medizin
abschaffen.**

DIE LINKE.

www.100-Prozent-sozial.de